



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

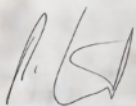
Wohin wird die Reise gehen? Glück auf für 2018!

Zum Jahresende gab es hochspannende, politische und bedenkenswerte interparteiliche Bewegungen. Der zunächst enthusiastische Flugplan für Jamaika endete erfolglos in Berlin. Der Bundespräsident hat dankenswerter Weise neue Flugpläne eruiert und perspektivische Crews eingeschworen. Wir sind gespannt auf eine neue Bundesregierung, die hoffentlich den bereits für Jamaika gepackten Problem- und Lösungskoffer für die aktuellen und perspektivischen pflegerischen Herausforderungen bald auspackt und in die Lösungen geht. Die Anträge und Diskussionsanstöße der Linken zur Personalsituation und notwendigen Maßnahmen vom November sind nur zu unterstützen und fanden in der Bundestagsanhörung immerhin Problemsensorik, auch bei den anderen Parteien.

Gemeinsam mit unseren Partnerverbänden im Deutschen Pflegerat werden wir uns im Sinne der perspektivischen Versorgungsqualität in allen pflegerischen Bereichen und für die Verbesserung der Arbeitssituation für alle Pflegenden fokussieren und in Ihrem Sinne kämpfen.

Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr mit herzlichem Glück auf!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



Kongress Pflege 2018

Letzte Chance – Melden Sie sich an!

Unter dem Motto „Pflege – Gemeinsam in die Zukunft“ laden am 19. und 20. Januar auf dem Kongress Pflege 2018 in Berlin viele interessante Vorträge und Workshops zum fachlichen Austausch ein. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft für die Pflege gestalten. Melden sich heute noch an!

Und das Beste: **DPV-Mitglieder erhalten einen ermäßigten Eintrittspreis.**

www.gesundheitskongresse.de

Inhalt

- 1 • Kongress Pflege 2018
- 2 • Der Masterplan Pflege in drei Schritten
- 3 • Zukunft der Pflege: Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen
- 4 • Großes Interesse am Fachtag zur Gewalt in der Pflege
 - Urteil: Vermittler zu drei Jahren Haft verurteilt
- 5 • Kliniken: politischer Einfluss erschwert wirtschaftlichen Erfolg
 - Parlamentarischer Abend in Hessen
 - Der Pflegegipfel des Nordens war ein voller Erfolg!
- 6 • Rückblick:
 - DPV-Mitgliederversammlung
 - Jubilare
- 7 • Veranstaltungen
- 8 • DPV ganz nah



Perspektiven für die Zukunft

Der Masterplan für die Pflege in drei Schritten

Vor dem Hintergrund der Dauerkrise in der Pflege fordern Forscher des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP) jetzt einen dreischrigen Masterplan Pflege für Deutschland. Ein Masterplan, der zu einer deutlichen Belebung von Ausbildung und Beschäftigung in der Pflege sowie zu innovativen Versorgungskonzepten führen soll.

Die Forscher des DIP weisen seit geraumer Zeit auf die systemrelevanten Probleme in der Pflege hin. Sie empfehlen eine Politik mit sicht- und spürbaren Verbesserungen in der Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen. Aktuelle Daten und Studienergebnisse zur Situation der beruflichen Pflege und zur Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen in Deutschland setzen die Politik unter Handlungsdruck.

Die Auswertung aktueller Studien zeigt, dass viele Probleme in der Pflege miteinander zusammenhängen und systemrelevant sind. So ist der Arbeitsmarkt in der Pflege in einigen Regionen Deutschlands bereits kollabiert, sich verschärfende Arbeitsbedingungen machen beschäftigte Pflegekräfte immer öfter krank, die Versorgungsqualität von Patienten und Pflegebedürftigen kann häufig nicht mehr gewährleistet werden. „Die neue Koalition muss die Dauerkrise in der Pflege endlich beenden. Wer da wirklich was erreichen will, muss jetzt klotzen und nicht kleckern“, so der Leiter des DIP Professor Frank Weidner.

Der vom DIP vorgeschlagene Masterplan Pflege sieht folgende drei Schritte vor:

1. Schritt: Masterplan Pflege vereinbaren

Im Koalitionsvertrag muss der Masterplan Pflege bereits verankert werden. Schwerpunkt soll es darin die Verbesserung der Rahmenbedingung in der sein. Die Vergütungen für Pflegefachpersonal, insbesondere für Beschäftigte in der Altenpflege, sollen spürbar um bis zu 30% angehoben werden. Zugleich sollen bis zum Ende der kommenden Legislatur bis zu 100.000 zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern, in den Altenheimen und der am-

bulanten Pflege entstehen können. Das setzt voraus, dass in die zukunfts- und arbeitsplatzsichere Ausbildung der Pflege investiert und die Zahl der Auszubildenden erheblich gesteigert wird. Ferner sollen zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von rund 500 Millionen Euro für die Erforschung neuer Versorgungskonzepte, innovativer Technologien und für rund 20.000 Studienplätze zur akademischen Primärqualifikation von Pflegefachkräften eingeplant werden.

Die Kosten für einen solchen Masterplan schätzen die Pflegeforscher auf rund 12 Milliarden Euro jährlich ab dem Jahr 2020. Die Finanzierung soll zu gleichen Teilen von den gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherungen durch entsprechende Beitragssatzsteigerungen beziehungsweise Umschichtungen sowie durch zusätzliche Steuermittel von Bund und Ländern aufgebracht werden.

2. Schritt: Runden Tisch Masterplan Pflege einrichten

Im Jahr 2018 muss zeitnah nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte durch die neue Koalition ein Runder Tisch Masterplan Pflege mit allen relevanten Akteuren eingerichtet werden. Da die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, können die Probleme nur gemeinsam gelöst werden.

Am Runden Tisch müssen daher Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, den Sozialversicherungen, der Arbeitgeber und Gewerkschaften, aus Bildung und Wissenschaft aber auch von Berufs-, Patienten- und Verbraucherorganisationen teilnehmen. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2018 die notwendigen Gesetzesänderungen und Vertragsprozesse auf den Weg zu bringen.

3. Schritt: Umsetzung Masterplan Pflege ab Mitte 2019

Bereits ab Mitte 2019 könnten die Vergütungen für die Pflegeberufe spürbar steigen. In einem zweiten Schritt sollten ab 2020 die entsprechenden Stellen für Pflegepersonal nach und nach zusätzlich geschaffen und finanziert werden. Über die Gesetze und Verfahren muss sichergestellt werden, dass das zusätzliche Geld tatsächlich ausschließlich für die Besserstellung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Pflegediensten eingesetzt wird.

Den Einwand, es gäbe zurzeit gar kein Personal, um zusätzliche Stellen in der Pflege zu besetzen, lassen die Pflegeforscher nicht gelten. „Potenziale in der Ausbildung der Gesundheits- und Kinder-/Krankenpflege wurden in der Vergangenheit nicht hinreichend genutzt und sind mit ursächlich für eine Zuspitzung in den Beschäftigungsbedingungen in der Pflege. Die Folgen sind eine zunehmende Teilzeitarbeit bis hin zum frühen Ausstieg aus dem Beruf“, sagte Professor Michael Isfort, Leiter der Abteilung Pflegearbeit und -beruf im DIP. Die Forscher rechnen bei konsequenter Umsetzung des Masterplans auch mit kurzfristigen Effekten bei der Verringerung der Teilzeitquote sowie der Rückgewinnung von Kräften aus der so genannten stillen Reserve. Mittel- und langfristig gehen die Forscher davon aus, dass der Masterplan zu einer deutlichen Belebung von Ausbildung und Beschäftigung in der Pflege sowie zu innovativen Versorgungskonzepten führen wird.

5. Berliner Runde

Zukunft der Pflege: Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen

Wenig Pflegenden – viele zu Pflegenden: Diesem bekannten Dilemma stellte man sich im November in Berlin. Bei der 5. Berliner Runde wurden Lösungsansätze, wie man dem Fachkräftemangel begegnen könne, angeregt diskutiert.

„Was machen wir mit der Fachkraftquote: Ganz ohne oder ganz anders oder weiter wie bisher!?“ Unter diesem Titel steht die 5. Berliner Runde zur Zukunft der Pflege, zu der die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der nord-rhein-westfälische Sozialminister Karl-Josef Laumann gemeinsam eingeladen haben. Im Fokus stand die Frage nach dem Umgang mit der Fachkraftquote angesichts des demografischen Wandels und der Herausforderung, genügend Fachkräfte für die Pflege gewinnen zu können.

Ministerin Bätzing-Lichtenthäler erklärte: „Pflegebedürftige Menschen, die in stationären Einrichtungen leben, haben einen Anspruch auf die bestmögliche Pflege. Deshalb müssen wir in eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege investieren. Auch die Fachkraftquote ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, dem sich Rheinland-Pfalz stellt. Die konstruktive Diskussion mit namhaften Experten in der Berliner Runde zur Zukunft der Pflege hat gezeigt, dass es keine einfachen Lösungen geben wird. Deshalb begrüße ich sehr, dass sich die Partner der Pflege in Rheinland-Pfalz in

einem gemeinsamen Arbeitsprozess auf die Umsetzung von Modellen verständigt haben, in deren Fokus die Sicherung der Pflege- und Betreuungsqualität auch mit einem veränderten „Personalmix“ steht. Es ist für mich jedoch unverzichtbar, dass diese Modelle einen Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner erbringen und nicht nur auf die Behebung der Personalnot abzielen. Solange keine in ihrer Wirkung nachweisbaren und wissenschaftlich belastbaren Alternativen beschrieben werden, ist in Rheinland-Pfalz die Fachkraftquote von 50% mit den gesetzlich gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten die geltende Orientierungsgröße.“

Personalbemessung: Studie beauftragt

In Vertretung von Minister Laumann begrüßte Staatssekretär Dr. Edmund Heller die zahlreich erschienenen Gäste. Dr. Heller machte deutlich, dass die derzeitige Fachkraftquote aus dem alten Heimrecht des Bundes nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhe. Er wies darauf hin, dass der Bundesgesetzgeber dieses Defizit im Rahmen der Pflegestärkungsgesetze er-

kannt und einen verbindlichen Prozess zur Erarbeitung von Personalbemessungsinstrumenten bis zum Jahr 2020 eingeleitet habe. „Von diesem Prozess erhoffe ich mir auch Erkenntnisse zu einer sinnvollen und zukunftsfähigen Personalstruktur. Den Ergebnissen dieses Prozesses wollen wir nicht vorgehen, aber Impulse für die Diskussion geben. Klar ist auch: Wir werden kein Risiko zu Lasten der Pflegebedürftigen in den Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen eingehen. Bis die Ergebnisse der Studie vorliegen, werden daher auch wir die Fachkraftquote von 50% beibehalten“, erklärte der nordrhein-westfälische Staatssekretär.

Bätzing-Lichtenthäler und Dr. Heller dankten allen Referenten der Berliner Runde, dass sie in einer kontroversen Debatte den zukunftsorientierten Prozess in der Pflege mit ihrer Kompetenz, ihren Ideen und Impulsen bereichert haben. Beide Politiker betonten, dass das große fachliche Interesse an der Veranstaltung zeige, dass die Diskussion um die Fachkraftquote ganz nah am Puls der Zeit sei und diese Frage offensichtlich polarisiere. „Wir freuen uns, dass wir dazu beitragen können, Forderungen und Positionen kontrovers und offen zu diskutieren und in einen echten Austausch zu gehen“, so Bätzing-Lichtenthäler und Dr. Heller. „Wir sind uns einig, dass die Fachkraftquote auf keinen Fall im Sinne eines Qualitätsdumpings pauschal gesenkt werden darf. Dies wäre eine bewusste Inkaufnahme einer Pflege ‚zweiter Klasse‘.“

Initiiert werden die Berliner Runden – die sich an Vertreter von Bund und Länder, Organisationen der Pflege und Selbsthilfe wie auch die interessierte Öffentlichkeit richten – von den Gesundheitsministerien in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.



Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

Pflegekammer Rheinland-Pfalz

Großes Interesse am Fachtag zur Gewalt in der Pflege

Gewalt in der Pflege betrifft nicht nur die zu Pflegenden, sondern auch die Pflegenden selbst. Das wurde auf dem Fachtag in Rheinland-Pfalz im November deutlich. Gleichzeitig wurden zahlreiche Lösungsansätze und Best Practice Beispiele vorgestellt.

Unter dem Motto „Tabus abbauen, in dem man über sie spricht!“ haben die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im November 2017 zu einem gemeinsamen Fachtag geladen. Neben Fachvorträgen und Workshops wurde dort eine Auswahl von gelungenen Beispielen vorgestellt, die Schule machen könnten. „Das Tabuthema ‚Gewalt in der Pflege‘ muss öffentlich diskutiert werden“, führte Hans-Josef Börsch, Mitglied des Vorstands der Landespflegekammer, in die Veranstaltung ein. „Die erschütternden Ereignisse in einer stationären Pflegeeinrichtung im Land, die sich im Jahr 2015 zugetragen und die uns alle bewegt haben, sind dabei nur ein Anlass. Professionell Pflegenden bilden die mit Abstand zahlenmäßig größte Be-

rufsgruppe im Gesundheitswesen und haben darüber hinaus den intensivsten Zugang und Kontakt zu den zu Pflegenden. Daraus können selbstverständlich Konfliktsituationen entstehen. Gewalt ist keine Einbahnstraße, sie kann zu Pflegenden ebenso treffen wie die Pflegenden selbst“, gab Börsch zu bedenken.

„Der Fachtag ist aus dem gemeinsamen Verständnis entstanden, dass eine wertschätzende und würdevolle pflegerische Versorgung von Menschen, die ein besonderes Schutzbedürfnis haben, grundlegend ist. Mit einer ‚Kultur des Wertschätzens und Hinschauens‘ schärfen wir den Blick für einen respektvollen und achtsamen Umgang, sensibilisieren alle Beteiligten und können Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, vor Gewalt geschützt werden“, erläutert

Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler die Veranstaltung. „In vielen Einrichtungen im Land ist das Thema schon lange kein Tabu mehr. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von Ideen, Lösungsansätzen und Konzepten, die in Rheinland-Pfalz angeregt und umgesetzt wurden“, lobte Regine Schuster, Vorstandsvorsitzende der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz, die vielen gelungenen Best Practice Beispiele.

Gemeinsam gegen die Spaltung der Pflegeberufe

„Es ist schade, dass selbsternannte Pflegepolitiker eine Spaltung der Pflegeberufe vorantreiben und dies als Weiterentwicklung verkaufen. Sich vor den Karren des Arbeitgeberverbandes Pflege spannen zu lassen, bringt die Pflege leider nicht weiter!“, betonte Mai. Auch die Aussage, dass die Altenpflege kein Mitspracherecht in der Pflegekammer habe, stimme so nicht. „Rund 20% der Mitglieder der Landespflegekammer sind in der Altenhilfe beschäftigt“, betonte Mai und ergänzte, dass alle Kammerorgane demokratisch gewählt werden. „Jedes Mitglied kann sich einbringen, mitmachen und so die Kammerarbeit mitgestalten. Eine Spaltung der einzelnen Professionen oder sogar die Spaltung der Berufsgruppe werde es mit der Pflegekammer nicht geben“, so Mai abschließend.

Die Landespflegekammer, die PflegeGesellschaft und das Ministerium haben eine Auswahl der gelungenen Beispiele, die auf dem Fachtag vorgestellt wurden, in einer Broschüre zusammengefasst und möchten diese einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Die Broschüre kann kostenfrei von der Geschäftsstelle der Landespflegekammer bezogen werden.

Urteil: Vermittler verurteilt – Drei Jahre Haft

(Augsburg) Das Augsburger Landgericht verurteilte im November 2017 einen Vermittler von osteuropäischen Pflegekräften zu drei Jahren Gefängnis. Der 70-Jährige verursachte nach Überzeugung der Strafkammer einen Sozialversicherungsschaden von mehr als 2,7 Millionen Euro, weil er nicht für die ordnungsgemäße Anmeldung der Pflegerinnen sorgte. Der Mann aus dem Kreis Günzburg hatte jahrelang Hilfskräfte aus Rumänien und Polen an Familien vermittelt, die einen pflegebedürftigen Angehörigen zuhause versorgten. Die Familien zahlten pro Monat für die 24-Stunden-Pflege etwa 1.000 Euro in bar di-

rekt an die Frauen, der 70-Jährige bekam eine monatliche Provision von 88 Euro. Die Verteidiger des Vermittlers kündigten Revision an.

Die betroffenen Familien müssen nun bis zu 55.000 Euro an die Sozialkassen nachzahlen. Rechtlich waren sie Arbeitgeber und somit auch Haupttäter.

www.aerztezeitung.de



© froxx / iStockphoto

www.pflegekammer-rlp.de

Kliniken: Politischer Einfluss erschwert wirtschaftlichen Erfolg

(Hamburg) Die wirtschaftliche Lage vieler kommunaler Krankenhäuser ist prekär. Fast ein Drittel der Häuser hat von 2014 bis 2016 kontinuierlich Verluste geschrieben. Wie die aktuelle Krankenhausstudie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO und des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) zeigt, ist das auch auf die politische Durchdringung der Aufsichtsräte zurückzuführen.

Die Studie belegt einen negativen Zusammenhang zwischen kommunalpolitischer Einflussnahme und dem wirtschaftlichen Ergebnis. „Es fällt auf, dass gerade in Krankenhäusern mit kontinuierlichen Verlusten der Einfluss der Aufsichtsräte größer ausfällt“, so DKI-Vorstand Dr. Karl Blum. „Wenn kommunale Träger über den Aufsichts-

rat mit ihren Krankenhäusern Beschäftigungspolitik machen oder Prestigeziele verfolgen, erschwert dies eine wirtschaftliche Leistungserbringung“, erläutert Gesundheitsexperte Alexander Morton, Partner im BDO Fachbereich Gesundheitswirtschaft. So führt ein Drittel der für die Studie befragten Geschäftsführer einen negativen Einfluss ihrer Aufsichtsräte auf die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses an. In der Mehrzahl der kommunalen Krankenhäuser bescheinigen Aufsichtsräte und Geschäftsführer einander aber eine gute Zusammenarbeit in strategischen Fragen. Viele Häuser setzen auch künftig auf Expansion, etwa durch den Aufbau neuer Geschäftsfelder und die stärkere Vernetzung im regionalen Umfeld.

Die Studie belegt zudem die regionalwirtschaftliche Bedeutung der kommunalen Krankenhäuser. Insgesamt 80% der Häuser zählen zu den drei wichtigsten Arbeitgebern am Ort. Sie leisten damit wichtige Beiträge zur regionalen Wertschöpfung und Beschäftigungssicherung.

Für die Studie Strategieentwicklung in kommunalen Krankenhäusern der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) wurde eine repräsentative Auswahl an Geschäftsführern und Aufsichtsräten kommunaler Krankenhäuser befragt.

www.bdo.de

www.dki.de

Parlamentarischer Abend in Hessen

(Wiesbaden) Am 22. November 2017 lud der Landespflegerat Hessen zum Parlamentarischen Abend ein. Das Motto des Abends war „Versorgungssicherheit braucht starke Pflege“.

Nach einer kurzen Einführung haben die beiden Referenten Paul Weimann, VDK Hessen-Thüringen, und Sandra Postel, Vizepräsidentin der Pflegekam-

mer Rlp, in ihren Vorträgen die Versorgungssicherheit aus Sicht der Bevölkerung beleuchtet. Karl-Heinz Heller, stellv. Vorsitzender des DPV, präsentierte die Ergebnisse der kürzlich beendeten Open-Petition „Ja, zur Pflegekammer in Hessen.“ Die vom LPR Hessen initiierte Unterschriftenaktion erzielte 4.281 Unterzeichnungen.

Zahlreiche Vertreter des DPV mit dem Geschäftsführer Rolf Höfert sowie den Vorstandsmitgliedern Karl-Heinz Heller und Bernd Welk sowie Abgeordnete der wichtigsten Parteien haben der Veranstaltung beigewohnt.

www.landespflegerat-hessen.de

Voller Erfolg! Der Pflegegipfel des Nordens

(Hamburg) Anfang November trafen sich rund 1.000 Teilnehmer zum gemeinsamen fachlichen Austausch beim ausgebauten 15. Gesundheitspflege-Kongress im Radisson Blu Hotel in Hamburg. Der Kongress stand unter dem Leitgedanken „Selbstbewusste Pflege“.

In ihrem Grußwort betonte die Hamburger Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz, Cornelia Prüfer-Storcks: „In der Pflege wird noch immer zu viel Potenzial verschenkt.“ Die SPD-Politikerin verwies auf den

derzeitigen Fachkräftemangel in Gesundheitsberufen. Da Kliniken und Pflegeheime händierend nach Mitarbeitern suchen, haben Pflegendе gerade jetzt die große Chance, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Anschließend zeigten Prof. Dr. Renate Tewes und Sandra Mantz in ihren Vorträgen auf, wie Pflegendе im Alltag selbstbewusster agieren können.

Neben diesen beeindruckenden Eröffnungsvorträgen konnten sich die Teilnehmer über ein abwechslungsreiches zweitägiges Programm mit zahl-

reichen Workshops und Seminaren zu aktuellen Pflege-themen freuen.

Konnten Sie persönlich nicht anwesend sein oder haben einen der spannenden Vorträge verpasst? Möchten Sie bestimmte Kongressinhalte nachträglich vertiefen? Zahlreiche Referenten haben ihre Präsentation zur Verfügung gestellt.

Der nächste Pflegegipfel des Nordens findet am 2. und 3. November 2018 in Hamburg statt.

www.gesundheitskongresse.de

Rückblick: DPV-Mitgliederversammlung

(Harztor/Illfeld) Die diesjährige Mitgliederversammlung fand am 14. November 2017 in Harztor statt. In ihrer Eröffnungsrede sprach die Vorsitzende Martina Röder von dem demographischen Wandel und die Zunahme der Pflegebedürftigen. Außerdem berichtete sie über die aktuellen Entwicklungen in der Pflegepolitik. Außerdem betonte sie die Wichtigkeit stetiger Weiterbildung für eine qualitätsorientierte pflegerische Versorgung in allen Bereichen. So sehe der DPV die Umsetzung der

Pflegeberufereform in der jetzigen Form kontrovers. Denn erst nach Zustimmung des Bundestages zu der noch vorzulegenden Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, könne die Reform erst Realität werden. Höchste politische Priorität sollte ihrer Meinung nach dem Personalmangel geschenkt werden. Aber auch weitere Problemfelder, wie leistungsgerechte Bezahlung, Errichtung von Pflegekammern in jedem Bundesland und ein besserer Qualifikationsmix sind außerdem weitere politisch relevante Themen.

Rolf Höfert, der Geschäftsführer des DPV, verwies in seiner Rede auf den vorliegenden Geschäftsbericht: Die Präsenz des DPV in den einschlägigen Medien sowie die Teilnahme an zentralen Veranstaltungen waren gegeben. Die Gremienarbeit wurde wie die Jahre zuvor fortgeführt. Neu gegründet wurde der Landespflegerat Thüringen, in den Martina Röder zur Vorsitzenden gewählt wurde. Weitere Schwerpunkte waren die gesetzlichen und berufspolitischen Entwicklungen mit der Bundestagswahl, den Pflegestärkungsgesetz-

zen, der Pflegeberufereform und der geplanten Gründung einer Bundespflegekammer sowie eine Übersicht zur Entwicklung der Pflegekammern in Deutschland. Und im DPR wurde ebenfalls gewählt: der neue Präsident heißt Franz Wagner. Rolf Höfert bleibt weiterhin Mitglied des Präsidiums.

Den Finanzbericht für das Wirtschaftsjahr 2016 erläuterte die Delegierte Anja Posevsky: Alle geprüften Buchungen waren ordnungsgemäß dokumentiert und abgeheftet sowie alle Nachweise vorgelegt worden. Der Vorstand und die Geschäftsführung wurden nach dieser Berichterstattung einstimmig entlastet. Als Kassenprüferinnen wurden anschließend Anja Posevsky und Silvia Böhme gewählt. Als ihre Vertreterinnen wurden Ellen Brauckschulze und Nadin Sauerland gewählt.

Karl-Heinz Heller, Vorstandsmitglied, rundete mit seinem Vortrag „Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers“ die Mitgliederversammlung ab.

Protokoll und GF-Bericht können in der Geschäftsstelle Neuwied angefordert werden.



(vlnr) Bernd Welk, Karl-Heinz Heller, Martina Röder, Klaus-Peter Biel, Rolf Höfert

Jubilare Januar 2018

40 Jahre Mitgliedschaft

Guthardt, Elke, Weilburg

35 Jahre Mitgliedschaft

Benner, Hans-Jürgen, Scheuerfeld
Hoffmann, Christine, Frankfurt
Homann-Gadalean, Renate, Aschaffenburg

30 Jahre Mitgliedschaft

Collmann, Agnes, Kirchhain
Eberle, Birgit, Neubiberg
Heck, Hubert, Neuerburg
Jung, Ursula, Waldesch
Langenstein, Bettina, Schöffengrund
Roth, Angela, Landau
Ruf, Peter, Hofheim
Schäfer, Udo, Bad Wildungen
Schelly, Bärbel, Lohra-Altenvers

Schmidt, Axel, Greifenstein

25 Jahre Mitgliedschaft

Gädtker, Andrea, Plothen
Hofmann, Anja, Neumagen-Dhron
Kettemann, Ruth, Trier
Profittlich, Raphaelae, Sinzig
Theisen, Vera, Hausen-Bitze
Wirthwein, Dorit, Bad Neustadt

20 Jahre Mitgliedschaft

Bendel, Martin-J., Mainz
Bohlender, Dorothee, Göppingen
Clausing, Therese, Frankfurt
Drozdjek, Darinka, Herrsching
Feuerer, Tobias, Maxhütte-Haidhof
Frey, Regine, Hatingen
Hässner, Sabine, Uppgant-Schott

Heimansfeld, Christoph, Kattenes
Heinhold, Heidi, Overath-Vilkerath
Kotzsch, Annette, Werl
Mauritz, Marita, Wremen
Mertlbauer, Iris, Zweibrücken
Müller-Scherb, Regina, Edertal
Paganetti-Noll, Ursula, Ehlscheid
Tröster, Lore, Flörsheim
Schwantag, Margaret, Gießen



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

Frühjahrsakademie des Bayerischen Landespflegerats

„WIR Pflegenden haben die Wahl!“

06.02.2018
Bayerischer Landtag in München
Senatssaal des Maximilianeums

Themen:

- Personalmindeststandards in der Pflege
- Digitalisierung für die Pflege
- Interprofessionelle Zusammenarbeit
- Pflegeberufereformgesetz

Info:
 Bayerischer Landespflegerat BAY.ARGE
 E-Mail: info@bayerischer-landespflegerat.de

Teilnahmegebühr:
 75 € für Mitglieder der einzelnen Verbände des Bayerischen Landespflegerates sowie Studierende (Studentenausweis)
 105 € für Nichtmitglieder

Verbindliche Anmeldung schriftlich per Post, Fax oder E-Mail an:
 Bay.ARGE c/o Schwesternschaft München vom BRK e.V.
 Generaloberin Edith Dürr
 Rotkreuzplatz 8; 80634 München
 Fax 089 1303-1005; E-Mail: info@swmbrk.de

Pflegende erhalten bis zu 6 Fortbildungspunkte im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegender RbP GmbH.

Deutscher Pfl egetag 2018

„Pflege stärken mit starken Partnern“

15.–17.03.2018
STATION – Berlin (Gleisdreieck)

Der Deutsche Pfl egetag ist Deutschlands führender Pflegekongress. Unter dem Motto „Teamarbeit – Pflege interdisziplinär!“ treffen sich 2018 über 10.000 Interessent-

ten der Branche um die Zukunft der Pflege zu gestalten.

Exklusiv für Verbandsmitglieder:
15% Rabatt auf den regulären Ticketpreis. Bei Gruppenbuchungen sogar 20%. Dabei sein lohnt sich!

Info:
www.deutscher-pflegetag.de



6. Interprofessioneller Gesundheitskongress

„Viele Professionen – ein Patient“

20.–21.04.2018
Internationales Congress Center Dresden

Themen:

- Interprofessionelle Aus-/Fortbildung
- Risikomanagement
- Berufspolitik Pflege
- Sektorenübergreifende Versorgung
- Interprofessionelle Kommunikation
- Gemeinsam Patienten stärken
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Palliative Care
- Gesund bleiben im Gesundheitsberuf

Info:
 Springer Medizin Verlag GmbH
 Kongressorganisation
 Tel.: 030 82787-5510
www.gesundheitskongresse.de

Ermäßigte TN-Gebühr für DPV-Mitglieder

Pflegende erhalten bis zu 6 Fortbildungspunkte/Tag im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegender RbP GmbH.





DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79
10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Marion Mielsch
marion.mielsch@t-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
khheller@gmx.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de
info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

KLIEMO A.G. / S.A. / N.V.
Hütte 53
4700 EUPEN, BELGIEN